

Protokoll

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: Donnerstag, 01.07.2021

Ort: Fürst Lounge (Volkswagen Halle), Europaplatz 1, 38100 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:56/17:56 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Frank Flake - SPD
Herr Claas Merfort - CDU
Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE
Herr Christoph Bratmann - SPD
Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU
Herr Matthias Disterheft - SPD
Frau Beate Gries - B90/GRÜNE
Frau Annegret Ihbe - SPD
Herr Mathias Möller - FDP
Herr Peter Rosenbaum - BIBS
Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.
Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU
Herr Stefan Wirtz - AfD
Herr Christian Bley - Die Fraktion P² - Grundmandat

Gäste

Herr Dr. Andreas Goepfert – Städtisches Klinikum BS gGmbH
Herr Andreas Ruhe – Stadt Braunschweig Beteiligungs- Gesellschaft mbH

Personalvertretung

Frau Corinna Erichsen
Herr Thomas Meyer
Frau Ulrike Adam
Frau Ines Voges – ÖPR 51

Verwaltung

Herr Christian Geiger – Dezernent VII
Herr Dr. Thorsten Kornblum – Dezernent II
Herr Henning Sack – FBL 10

Herr Markus Schlimme – FBL 20
Frau Dr. Svetlana Katolnik – AbtL 20.1
Herr Thomas Gekeler – FBL 61
Herr Oliver Düber – AbtL 32.1
Herr Frank Schultz – AbtL 20.5
Herr Achim Wycisk - Rechnungsprüfungsamt
Herr Dr. Tobias Pollmann – RefL Steuerungsdienst
Herr Matthias Heilmann – AbtL 20.2
Frau Melanie Esters – StL 51.01
Herr Carsten van de Loo – AbtL 65.2
Frau Ruth Reckwald – 65.03 SG2
Herr Phuong Nam Bui – 65.03 SG2
Frau Christa Seuberlich – AbtL 20.3

Protokollführung

Herr Nils Roßmann – FB10
Herr Mathias Poznansky – FB 20
Frau Johanna Pomykaj – FB 20

Sonstige

Frau Annette Schütze – SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

- 11 Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
- 12 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021
- 13 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.04.2021
- 14 Mitteilungen (Personal)
- 15 Anträge (Personal)
- 15.1 Neubewertung Beamtendienstposten 21-16449
- 15.1.1 Neubewertung Beamtendienstposten 21-16449-01
- 16 Intensivierung der Parkraumüberwachung 21-16472
- 17 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2022 21-16246

18	Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen	21-16342
19	Anfragen (Personal)	
19.1	Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr	21-16451
19.1.1	Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr	21-16451-01
19.2	Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung	21-16155
19.2.1	Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung	21-16155-01
19.3	Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?	21-16181
19.3.1	Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?	21-16181-01
19.4	E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source	21-16462
19.4.1	E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source	21-16462-01
19.5	Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben	21-16452
19.5.1	Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben	21-16452-01
19.6	Europathemen in der Stadtverwaltung	21-16393
19.6.1	Europathemen in der Stadtverwaltung	21-16393-01
19.7	Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig	21-16463
19.7.1	Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig	21-16463-01
19.8	Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung	21-16454
19.8.1	Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung	21-16454-01
19.9	Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen	21-16464
19.9.1	Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen	21-16464-01
19.10	Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes	21-16461

19.10.1	Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes	21-16461-01
19.11	Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen	21-16465
19.11.1	Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen	21-16465-01
19.11.2	Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen	21-16465-02
20	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
21	Mitteilungen (Finanzen)	
22	Anträge (Finanzen)	
22.1	Einrichtung eines TOP "Geplante Schließung des ambulanten Reha-Zentrums des städtischen Klinikums in der Nîmes-Straße"	21-16326
22.2	Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig	21-16418
22.2.1	Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig	21-16418-01
22.3	Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum	21-16466
22.3.1	Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum	21-16466-01
23	Beschluss über den Jahresabschluss 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	21-16288
24	Beschluss über den Jahresabschluss 2019 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	21-16162
25	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	21-16287
26	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Billigung des Konzernabschlusses 2020	21-16318
27	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2020 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	21-16319
28	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und des Konzernab-	21-16018

schlusses 2020

29	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	21-16024
30	Änderung von Gesellschaftsverträgen	21-15709
31	Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH Finanzielle und organisatorische Neuaufstellung der Gesellschaft	21-16280
32	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Umgang mit bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten	21-16257
33	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe	21-16091
34	Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Anpassung der Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten	21-15992
35	Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit Stufenplan zur Etablierung der Kommunalen Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen in kommunaler Trägerschaft	21-15292
36	Photovoltaikanlagen auf (städtischen) Dächern Weiteres Vorgehen	21-16398
37	Zustimmung zur Anmietung von Flächen im Gebäude Langer Hof 6, 1. OG, für den Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation, Abteilung Verwaltung	21-16260
38	Verlängerung des Mietverhältnisses Langer Hof 8, 1. OG, für das Referat 0610 (Stadtbild und Denkmalpflege)	21-16458
39	Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und Verkauf an die Nibelungen Wohnbau-GmbH	21-15322
40	Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	21-16278
40.1	Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	21-16278-01
40.2	Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	21-16278-02

40.3	Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	21-16278-03
41	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	21-16159
42	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	21-16160
43	Anfragen (Finanzen)	
43.1	Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße	21-16460
43.1.1	Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße	21-16460-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschusssitzung findet als Hybrid-Sitzung statt, die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses nehmen an der Sitzung per Videokonferenz teil. Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Flake, leitet die Sitzung in Präsenz.

Er eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Öffentlicher Teil:

11. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

12. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

13. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.04.2021

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

14. Mitteilungen (Personal)

Es liegen keine Mitteilungen vor.

15. Anträge (Personal)

15.1. Neubewertung Beamtendienstposten

21-16449

Die Verwaltung wird gebeten, die Umsetzung der Neubewertung der Beamtendienstposten basierend auf der 7. Auflage des KGSt-Bewertungsgutachtens zum Stellenplan 2022 sicherzustellen.

Ergebnis: Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

15.1.1. Neubewertung Beamtendienstposten

21-16449-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16449-01 wird zur Kenntnis genommen.

16. Intensivierung der Parkraumüberwachung

21-16472

Ratsherr Möller möchte zur Vorlage folgende Passage erläutert haben: „Gegebenenfalls können bisher genutzte Parkflächen „legalisiert“ werden.“ (Drucksache, Seite 2, letzter Satz).

Stadtrat Dr. Kornblum führt aus, dass zu dem Konzept ein Paradigmenwechsel aus einer immer noch geltenden Verfügungslage aus dem Jahr 1994 gehöre, die eine verstärkte Kontrolle der Okerumflut beinhalte. Von diesem Instrument wurde in der Vergangenheit wenig gebraucht gemacht.

Bei Parkflächen, die in der Vergangenheit geduldet wurden, soll geprüft werden, ob eine Legalisierung erfolgen könnte.

Zudem wird die Möglichkeit einer neuen Rechtsprechung angewandt, indem gerade bei Parkplätzen für E-Mobilität, Behindertenparkplätzen oder auch Feuerwehrezufahrten bereits abgeschleppt werden könne, sobald man dort unrechtmäßig parke.

Stadtrat Dr. Kornblum weist darauf hin, dass es sich um ein gegenfinanziertes Konzept handle.

Ratsherr Merfort beantragt den Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 5 Dagegen: 8 Enthaltung: 0

Beschluss:

1. Dem vorgelegten Konzept zur Intensivierung der Überwachung des ruhenden Verkehrs wird zugestimmt.
2. Zur Umsetzung des Konzeptes werden die Personalkapazitäten zum Stellenplan 2022 um 9,5 Stellen (6 Parkraumüberwachende, 3,5 Verwaltungsstellen) aufgestockt.
3. Die erforderlichen Sachkosten werden im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens 2022 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 1 Enthaltung: 3

Beschluss:

1. Die Bereitstellung von bis zu 35 Ausbildungsplätzen zum 1. August 2022 für die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste - davon bis zu 5 Plätze für die Zulassung von Beamtinnen und Beamten zum Aufstieg in diese Laufbahngruppe bzw. zum Angestelltenlehrgang II - wird genehmigt. Um sicherstellen zu können, dass möglichst alle Stellen besetzt werden, wird die Verwaltung ermächtigt, darüber hinaus bis zu 15 weitere Einstellungsangebote für eine Einstellung als Nachwuchskraft für diese Laufbahn zu erteilen.
2. Die Bereitstellung von bis zu 20 Ausbildungsplätzen für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. August 2022 wird genehmigt.
3. Die zum 1. August 2022 einzustellenden Beamtennachwuchskräfte der Fachrichtung Allgemeine Dienste erhalten die Zusage, dass sie bei Bestehen der Laufbahnprüfung und Erfüllen der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen (charakterliche/ gesundheitliche Eignung) nach Abschluss der Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt werden.
4. Die Einstellung von bis zu 10 Auszubildenden für den Beruf der Kauffrau/des Kaufmannes für Büromanagement wird zum 1. September 2022 genehmigt. Den einzustellenden Auszubildenden wird eine unbefristete Übernahme zugesichert, sofern sie die Ausbildung erfolgreich abschließen und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.
5. Die Bereitstellung von 4 Ausbildungsplätzen für ein duales Studium in den dualen Studiengängen Informatik, Elektro- und Informationstechnik sowie Energie- und Gebäudetechnik an der Ostfalia Wolfenbüttel wird zum 1. August 2022 genehmigt. Außerdem wird zum 1. August 2022 ein Stipendium für den Studiengang Verwaltungsinformatik an der Hochschule Hannover angeboten. Die unbefristete Übernahme wird zugesichert, sofern das Studium erfolgreich abgeschlossen wird und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.
6. Die Einstellung von bis zu 6 Nachwuchskräften für eine Ausbildung in Kombination mit einer anschließenden Feuerwehrausbildung wird zum 1. September 2022 genehmigt. Nach der Erstausbildung werden diese Nachwuchskräfte bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Feuerwehr im Beschäftigtenverhältnis in Vollzeit übernommen, sofern sie die Abschlussprüfung bestehen und die charakterliche, gesundheitliche und sportliche Eignung für den Feuerwehrdienst gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

18. Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen**21-16342****Beschluss:**

Dem Abschluss einer Vereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

19. Anfragen (Personal)

19.1. Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr

21-16451

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16451-01 beantwortet.

19.1.1. Dauer der Stellenbesetzungen im Fachbereich Feuerwehr

21-16451-01

Ratsherr Merfort führt aus, dass in der Anfrage konkret der zeitliche Rahmen vom Stellenplanbeschluss bis zur Einstellung abgefragt wurde.

In der Antwort der Verwaltung wurde erklärt, dass dies nicht die Maßgabe der Verwaltung sei. Dies wäre allerdings nicht die Antwort auf die Frage, daher solle die Antwort bitte nachgereicht werden. Die Verwaltung sagt dies zu.

Ratsherr Bratschke möchte wissen, warum die zeitlichen Besetzungszeiträume (2017, 3,8 Monate, 2020, 7,4 Monate) in den letzten Jahren immer weiter auseinandergehen? Pandemiebedingt könne dies ja nicht sein.

Stadtrat Dr. Kornblum verweist auf die Pandemie 2020 und die damit verbundenen Aufgaben für die Feuerwehr.

Vorstellungsgespräche konnten pandemiebedingt nicht durchgeführt werden, es galt den gesundheitlichen Schutz für diejenigen, die die Bewerbungsgespräche durchführen, sicherzustellen.

Stadtrat Dr. Kornblum führt weiterhin aus, dass es in einzelnen Verfahren der Feuerwehr viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich auf mehrere Beförderungsdienstposten bewerben.

Daraufhin müssten sehr viele Beurteilungen erstellt werden und dies nehme unabhängig von den Corona-bedingten Belastungen der Feuerwehr Zeit in Anspruch.

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16451-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.2. Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung

21-16155

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-164155-01 beantwortet.

19.2.1. Pandemiebekämpfung vs. reguläre Aufgaben der Verwaltung

21-16155-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16155-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.3. Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?

21-16181

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16181-01 beantwortet.

19.3.1. Sachstand Verwaltungsmodernisierung Werden alle städtischen Kindergärten privatisiert?

21-16181-01

Ratsherr Sommerfeld möchte wissen,

1. ob es einen konkreten Zeitplan zur Ergebnisvorstellung der Verwaltungsmodernisierung gibt?

2. Ist bei einer Einrichtung eines Eigenbetriebes zu verstehen, dass ein demokratisches Verfahren ausgehebelt werden soll und ob es sich gegen Tarifverträge richten soll?

Stadtrat Dr. Kornblum erläutert

zu 1., dass die Ergebnisse Corona-bedingt bislang noch nicht vorgelegt wurden.

Stadtrat Dr. Kornblum erläutert

zu 2., dass es sich bei der Einrichtung eines Eigenbetriebes nicht um eine Privatisierung handele, sondern ein Eigenbetrieb eingegliedert werden würde und auch eine Tarifgebundenheit bestehen würde. Im Moment ist es nicht absehbar, ob die Einrichtung eines Eigenbetriebes überhaupt erfolge.

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16181-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.4. E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source 21-16462

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16462-01 beantwortet.

19.4.1. E-Government: Onlinezugangsgesetz, De-Mail, Open Source 21-16462-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16462-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.5. Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben 21-16452

Ratsherr Flake regt an, zur nächsten Wahlperiode eine Zuordnung dieser Thematik (19.5) neu zu gestalten.

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16452-01 beantwortet.

19.5.1. Umsetzungsstand zur Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Tauben 21-16452-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16452-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.6. Europathemen in der Stadtverwaltung 21-16393

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16393-01 beantwortet.

19.6.1. Europathemen in der Stadtverwaltung 21-16393-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16393-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.7. Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig 21-16463

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16463-01 beantwortet.

19.7.1. Diversity Management: Vielfalt in der Verwaltung der Stadt Braunschweig 21-16463-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16463-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.8. Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung **21-16454**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16454-01 beantwortet.

19.8.1. Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung **21-16454-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16454-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.9. Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen **21-16464**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16464-01 beantwortet.

19.9.1. Verwaltung Stadt Braunschweig: Führungspersonal, Fortbildungen, Beurteilungen **21-16464-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16464-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.10. Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes **21-16461**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16461-01 beantwortet.

19.10.1. Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes **21-16461-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16461-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.11. Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen **21-16465**

Ergebnis:

Die Anfrage wird mit den Stellungnahmen 21-16465-01 und 21-16465-02 beantwortet.

19.11.1. Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen **21-16465-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16465-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.11.2. Stadt und Städtische Gesellschaften: Personelle Situation, Überstunden, Überlastungsanzeigen **21-16465-02**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16465-02 wird zur Kenntnis genommen.

20. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

21. Mitteilungen (Finanzen)

Information von Herrn Erster Stadtrat Geiger zum Thema „Nachhaltige Finanzierung“ („Sustainable Finance“)

Herr Geiger führt aus, dass die politischen Beschlüsse zur Eindämmung des Klimawandels sowie der Klima- und Umweltschutz immer mehr auch den Finanzsektor bestimmen. So haben nachhaltige Finanzierungen die Faktoren Umwelt (Environment), Soziales (Social) und gute Unternehmensführung (Governance) – kurz ESG-Komponenten - in Investitionsentscheidungen einzubeziehen. Auf dieser Grundlage sind die Kreditinstitute gehalten, Finanzinstrumente mit Nachhaltigkeitsnutzen zu entwickeln.

So zeichnet sich ab, dass künftig auch bei der Prüfung von kommunalen Kreditvergaben Nachhaltigkeitsaspekte zugrunde zu legen sein dürften. Zwar ist aktuell bei kommunalen Kreditanfragen die Prüfung solcher Aspekte „noch“ nicht zu beobachten. Da kommunales Handeln generell gemeinbezogen ist, wird davon ausgegangen, dass kommunale Investitionen die ESG-Kriterien weitestgehend erfüllen dürften.

Die Finanzverwaltung beschäftigt sich bereits intensiv mit dem Sachverhalt und wird über die künftige Entwicklung im FPA berichten. Herr Geiger regt an, zu gegebener Zeit ggf. einen Experten in den Ausschuss einzuladen, um zu dieser komplexen Thematik weitere vertiefende Informationen zu erhalten.

22. Anträge (Finanzen)

22.1. Einrichtung eines TOP "Geplante Schließung des ambulanten Reha-Zentrums des städtischen Klinikums in der Nîmes-Straße" 21-16326

Ergebnis:

Der Antrag ist in der Erstellung der Tagesordnung berücksichtigt. Daher ist keine weitere Abstimmung über den Antrag erforderlich.

22.2. Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig 21-16418

Antrag, die Vorlage passieren zu lassen.

Ergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

22.2.1. Moratorium zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitswesens von Braunschweig 21-16418-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16418-01 wird zur Kenntnis genommen.

22.3. Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum 21-16466

Die Verwaltung wird gebeten,

1. über den Sachstand der "Rekommunalisierung" bei der Nibelungen-Wohnbau zu berichten und
2. einen konkreten Zeitplan für die vollständige Rücknahme der Privatisierungsschritte noch in der laufenden Ratsperiode vorzulegen.

Ergebnis: Antrag zur Geschäftsordnung - Übergang zur Tagesordnung

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

22.3.1. Stärkung der Nibelungen-Wohnbau GmbH für bezahlbaren Wohnraum

21-16466-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16466-01 wird zur Kenntnis genommen.

23. Beschluss über den Jahresabschluss 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

21-16288

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2019 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2019 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2019 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch Herrn Stadtrat Herlitschke und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2019 wird der Jahresabschluss 2019 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2019 werden folgende Genehmigungen erteilt:
 - 2.1. Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 18.196.238,69 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 112.441.697,14 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 17.238.868,73 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2019 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 123.158.994,98 €.

- 2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement beträgt für das Haushaltsjahr 2019 vor Zuschuss durch die Stadt Braunschweig 2.952.303,10 €. Die Stadt Braunschweig hat einen Zuschuss in Höhe von 5.227.400,00 € gezahlt. Somit ergibt sich insgesamt ein Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 €. Unter Berücksichtigung des Zuschusses ergibt sich ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1.810.676,09 € und wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.810.676,09 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 464.420,81 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 464.420,81 €.

- 2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 387.889,25 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 11.716.905,42 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 456.937,67 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen, da keine Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen oder des außerordentlichen Ergebnisses vorhanden sind.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 28.633,32 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 21.251.227,63 €.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 614.756,43 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € wird aus dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 5.604.787,95 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 584.134,97 € wird zu einem Anteil von 201.846,93 € gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch den Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis gedeckt. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 382.288,04 € wird soweit wie möglich nach § 24 Abs. 1 KomHKVO aus der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses (269.590,49 €) ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 112.697,55 € wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Damit verbleibt in der Sonstigen Rücklage ein Betrag in Höhe von 8.364.309,88 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 201.846,93 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

24. Beschluss über den Jahresabschluss 2019 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 21-16162

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Dr. Kornblum als Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG sowie aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2019 wird der Jahresabschluss 2019 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2019 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **5.046.769,10 EUR** wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2020 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

25. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 21-16287

Beschluss:

Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

26. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 21-16318
Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Billigung des Konzernabschlusses 2020

Ergänzend zur Beschlussvorlage informiert der Geschäftsführer, Herr Dr. Goepfert, mittels einer Präsentation über die aktuelle Entwicklung des Klinikums.

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

1. den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von 404.073.420,06 € sowie einem Jahresfehlbetrag von 11.875.740,48 € festzustellen und
2. den Jahresfehlbetrag 2020 von 11.875.740,48 € auf neue Rechnung vorzutragen und
3. den Konzernabschluss 2020 mit einer Konzernbilanzsumme von 397.518.862,95 € sowie einem Konzernfehlbetrag von 10.511.291,87 € zu billigen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

27. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 21-16319
Jahresabschluss 2020 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Erster Stadtrat Geiger als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft nimmt aus Gründen der Befangenheit nicht an der Beratung teil.

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

28. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 21-16018
Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und des Konzernabschlusses 2020

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

- „Der Jahresabschluss 2020 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 369.44 € und weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 0.00 € aus.“

29. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 21-16024
Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

II. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

„I. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- 16

- der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH werden angewiesen,
- der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen,
- der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen,
- der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

II. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen,
- der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen,
- der Braunschweig Zukunft GmbH wird angewiesen,
- der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen,

III. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, ihre Geschäftsführung zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung

- der Braunschweiger Verkehrs-GmbH
- der Kraftverkehr Mundstock GmbH
- der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
- der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
- der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

die Änderung des jeweiligen Gesellschaftsvertrages gemäß des in der Vorlage benannten Wortlauts zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

31. Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg 21-16280 GmbH Finanzielle und organisatorische Neuaufstellung der Gesellschaft

Beschluss:

„1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH der neuen Version des Gesellschaftsvertrags gemäß anliegendem Entwurf vom 25. Juni 2021 zuzustimmen.

2. Der Finanzierungsvereinbarung mit Stand des Entwurfs vom 25. Juni 2021, beinhaltend die wesentlichen Punkte:

- Vereinbarung einer Laufzeit ab 1. Januar 2022 in fünfjährigen Zyklen mit Kündigungsfristen von jeweils einem Jahr vor Ablauf eines Zyklus, somit erstmals zum 31. Dezember 2026, sowie
- Zahlung eines jährlichen Gesamt-Gesellschafterbeitrags von insgesamt 210.000 €, bestehend aus einem Gesellschafterbeitrag von 160.000,- € und einem Sonderbeitrag als namensgebende Stadt von 50.000,- €

wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Finanzierungsvereinbarung mit Stand des Entwurfs vom 25. Juni 2021 zu unterzeichnen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

- 32. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH** **21-16257**
Umgang mit bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) wird angewiesen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Geschäftsführung der GGB zu veranlassen, die Rückforderung von bereits an die Stadt Braunschweig gezahlten kapitalisierten Pflegekosten bis auf Weiteres auszusetzen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltung: 1

- 33. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe** **21-16091**

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 34. Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen; Anpassung der Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten** **21-15992**

Beschluss:

1. Die in Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 21. Juli 2015 (DS 15-00240) beschlossenen Pauschalen zur Abdeckung des erhöhten Vertretungsaufwands für Vertretungszeiten in Kindertagesstätten werden durch die in der Anlage 1 aufgeführten jährlichen Pauschalen (Basiswerte 2020) ersetzt.

Die Pauschale wird in Abhängigkeit von Betreuungsart und Betreuungszeit gewährt.

Die Pauschalen werden analog der Regelung im Pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) um den Prozentsatz, um den sich die Vergütungen im Erziehungsdienst nach dem TVöD SuE verändern, dynamisiert.

2. Die Änderung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft. Die Auszahlung erfolgt anteilig monatlich im Rahmen der Abschlagszahlungen für die laufende Förderung.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 35. Ausbauplan Kommunale Schulsozialarbeit** **21-15292**
Stufenplan zur Etablierung der Kommunalen Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen in kommunaler Trägerschaft

Beschluss:

1. Um die jugendhilflich ausgerichtete Kommunale Schulsozialarbeit entsprechend des „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ an allen weiterführenden Schulen zu etablieren, werden die Personalkapazitäten um 13 Schulsozialarbeiterinnen oder Schulsozialarbeiter bis 2025 aufgestockt. Jährlich werden mindestens zwei Vollzeitstellen

2. Entsprechend der bereits vorhandenen Struktur in der Schulsozialarbeit wird ein zweites Sachgebiet mit einer zusätzlichen Sachgebietsleitung gebildet, wenn weitere vier Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt worden sind. Zur verwaltungsmäßigen Betreuung und Abwicklung der finanztechnischen Vorgänge werden gleichzeitig zusätzliche 20 Stunden im Verwaltungsbereich geschaffen.
3. Erforderliche Sachkosten werden im Jahr der jeweiligen Stellenschaffung im Haushalt aufgenommen.
4. Für die Einrichtung pädagogischer Räumlichkeiten werden entsprechende Haushaltsmittel in den jeweiligen Haushaltsjahren eingestellt. Soweit zusätzliche Ruummieten entstehen, werden diese nach Ermittlung ebenfalls in den Haushalt eingestellt.

- 39. Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbebauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und Verkauf an die Nibelungen Wohnbau-GmbH** **21-15322**

Beschluss:

Der Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf des unbebauten städtischen Grundstücks Martha-Fuchs-Straße/Ecke Tilla-von-Praun-Straße und einem Verkauf an die städtische Nibelungen Wohnbau-GmbH zum Zwecke der Schaffung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 40. Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **21-16278**

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 40.1. Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **21-16278-01**

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 40.2. Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **21-16278-02**

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 40.3. Haushaltsvollzug 2021 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **21-16278-03**

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

41. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € **21-16159**

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

42. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € **21-16160**

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Getrennte Abstimmung:

Anlage 1 FB40, lfd Nr. 5-7 GS Isoldestraße

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

Anlage 4 FB50

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

Restvorlage

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

43. Anfragen (Finanzen)

43.1. Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße **21-16460**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-16460-01 beantwortet.

43.1.1. Geplante Holzverbrennung im Heizkraftwerk Uferstraße **21-16460-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 21-16460-01 wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Flake
Vorsitzender

gez.
Geiger
Erster Stadtrat

gez.
Poznansky
Schriftführer Finanzen

gez.
Dr. Kornblum
Stadtrat

gez.
Roßmann
Schriftführer Personal